

interview

Hannes Androsch: „Hier tickt eine Zeitbombe“

Ex-Finanzminister Hannes Androsch über die Schulden Kreisky und die von ÖVP-Regierungen

FORMAT: Herr Dr. Androsch, was sagen Sie zu den Vorwürfen, Österreichs Budget leide unter dem Kreisky-Malus, der dann ja auch ein Androsch-Malus wäre?

Hannes Androsch: In meiner Zeit als Finanzminister von 1970 bis 1981 war die Budgetpolitik ein aktives Element der Wirtschaftspolitik: Bekämpfung der Auswirkungen von Ölpreisschock und Währungsturbulenzen, Erhaltung der Vollbeschäftigung, Ausbau von Infrastruktur und Bildung. Daraus ergab sich bei niedrigerer Steuerbelastung als heute ein Ausgabenüberhang von 18 Milliarden Euro. Bereits drei Jahre nach meinem Ausscheiden waren die Schulden um zwölf Milliarden auf 30 Milliarden Euro angewachsen.

FORMAT: Auch danach gab es noch SPÖ-Finanzminister, die Schulden gemacht haben.

Androsch: Die ÖVP ist seit 1986 in der Regierung und verantwortet damit die 73 Milliarden Euro Schulden mit, die bis 1999 gemacht wurden - bei viel höherer Arbeitslosigkeit. Von 2000 bis 2006 wurden noch einmal 28 Milliarden mehr Schulden gemacht. Wer die jetzige Zinsbelastung nach bald 23 Jahren auf 1984 zurückführt, ist von jeglicher Sachkenntnis unbelastet.

FORMAT: Die ÖVP würde sagen, sieben Milliarden fallen jährlich für den Schuldendienst an. Das wären seit 2000 kumuliert 49 Milliarden Euro.

Androsch: Wenn man die Schulden am Ende der Kreisky-Zeit schon heranziehen will, sind das bei fünf Prozent im Jahr 1,5 Milliarden. 5,5 Milliarden bleiben also in der Verantwortung der ÖVP.

FORMAT: Aber die Schuldenquote ist in den vergangenen Jahren gesunken ...

Androsch: In den offiziellen Schulden sind die Ausgliederungen nicht enthalten. In den 70er Jahren waren Bahn, Post, Straßen, Familienlastenausgleichsfonds und öffentliche Bauten im Budget inkludiert. Seit 2000 sind in diesen Bereichen 20,5 Milliarden an Schulden angehäuft worden. Der Telekom wurden neuen Mil-



ANDROSCH: „Wer jetzige Zinsbelastung auf 1984 zurückführt, hat keine Sachkenntnis.“

liarden an Postschulden angehängt. Bei Privatisierungen wurden viele Staatsunternehmen verschleudert - alleine die Verbund-Aktie hat seit der Privatisierung eine gut zehnfache Wertsteigerung erfahren - und die Nationalbankreserven wurden zur Aufbesserung des Budgets halbiert.

FORMAT: Was soll die Regierung jetzt machen?

Molterer: Sie bräuchte eine fiskalpolitische Aufrichtigkeit. Laufende Ausgaben und Ausgaben für Investitionen müssen getrennt werden. So wie in Deutschland. Bei Zukunftsinvestitionen zu sparen, ist falsch. Die Ausgaben für Bildung, einschließlich der Universitäten sind ein Tropfen auf dem heißen Stein. Nur um die Geräts-

schaften der TU Wien auf das Niveau von HTLs und Fachhochschulen zu bringen, braucht man 35 Millionen. Die Reduktion der Klassenschülerhöchstzahl kostet 100 Millionen.

FORMAT: Was bedeutet das alles für die künftigen Budgets?

Androsch: Das Budget wurde ohne Bedachtnahme auf konjunkturelle Schwankungen gemacht. Die ausgegliederten Schulden werden bis 2010 auf über 30 Milliarden steigen. Hier tickt eine Zeitbombe. Spätestens 2012 fallen diese nach Maastricht-Kriterien in das Budget zurück. Die nächste Regierung tritt ein herbes finanzpolitisches Erbe an.

„Die nächste Regierung tritt ein herbes Erbe an“

>> Eine Prioritätenliste soll noch im März vor allem Bauprojekte der Bahn reifen und nicht Finanzierbares in die nächste oder übernächste Legislaturperiode verschieben.

Am stärksten unter Beobachtung stehen aber nicht die Fachministerien, sondern das Finanzministerium selbst. „Wir können nicht von den anderen verlangen, dass sie sparen, und selbst nichts tun“, sagt Molterer. Daher werde auch, wie im Regierungsprogramm festgelegt, jede zweite Stelle eines Beamten, der in Pension geht, nicht nachbesetzt. Auch von den schätzungsweise 250 nicht besetzten Planstellen in der gesamten Finanzverwaltung würden 25 Prozent gestrichen.

Ob alle diese Maßnahmen reichen, das Budget Österreichs nachhaltig zu sanieren, ist strittig. Experten des Wirtschaftsforschungsinstituts fordern deutlich stärkere Reformen ein. Sonst werde der für 2010 geplante Budgetüberschuss von 0,38 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht erreicht, sagt Wifo-Chef Karl Aiginger.

Finanzminister Molterer kontert gut gelaunt: „Da werden sie sich täuschen. Das schaffen wir sicher.“

- WALTRAUD KASERER

Schuldenquote



Ausgliederungen

